

Bezugsgebühr...
Wochenschrift für Familien...
Preis pro Quartal 3,00 Mk.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | Milch-Chocolate
No. 600.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kingigen-Zarif...
Bismarck-Gedächtnis...
Preis pro Stück 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Bartenstraße 38/40.

Glaswaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl.
Wilh. Rühl & Sohn, inb. **Richard Rühl**, Königl. Sachs. Hoflieferanten.
Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Porzellan
Porzellanfabrik
E. Böhm's rother Gartenschlauch.
Erlaubnis Nr. 13894.
E. Böhm, Altmarkt 2, Dresden.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Soeben erschienen Gratisbroschüre!
Was brauche ich aus der Apotheke

für meine Reise?

Merkbüchlein, enthaltend eine sachgemäße Zusammenstellung der nötigsten Medikamente für die Reise, Sommerfrische usw. Kompl. Reiseapotheken in praktischer Etuisform von Mk. 1,50 aufwärts. Versand nach auswärts.

Löwen-Apotheke
DRESDEN - A., Altmarkt.

Für eilige Leser.

Kutmaßliche Witterung: Warm, sehr veränderlich.
Prinzessin Johann Georg hat gestern bei einem Automobilausflug einen unbedeutenden Unfall erlitten.
Die Albert des neuen Stadttheaters und des König Wilhelms-Museums in Chemnitz findet am 1. September in Gegenwart des Königs statt.
König Haakon wird sich am Montag nach Bergen begeben, um mit Kaiser Wilhelm zusammenzutreffen.
Ueber den Bezirk Hochheim (Unterfranken) ist ein schweres Unwetter niedergegangen.
Der Bau einer spanischen Flotte zum Preise von 140 Millionen Mark ist einem englischen Syndikat übertragen worden.
Infolge des Erdbebens in der Provinz Elia sind in dem Dorfe Savari 100 Häuser eingestürzt; auch die benachbarten Ortschaften sind in Mitleidenschaft gezogen worden.
In Teheran kam es gestern zum Friedensschluss; es wird eine neue Regierung gebildet. Der Schah hat abgedankt.

Das deutsch-österreichische Bündnis

wird angesichts des deutschen Kanzlerwechsels in der Wiener Presse in Erörterung gezogen, und es kommt dabei durchweg unter rühmender Anerkennung der „Ableitungstheorie“ des Fürsten Bülow, die Heberzeugung zum Ausdruck, daß auch der neue Kanzler, Herr von Bethmann-Hollweg, die Politik des engeren Anschlusses Deutschlands an die habsburgische Monarchie fortsetzen werde. Das führende liberale Blatt Wiens erinnert an die große Rede, die Fürst Bülow im März dieses Jahres im Reichstage über die auswärtige Politik hielt und zitiert daraus folgende Stelle: „Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, wird unser Verbündeter auf uns rechnen können. Se. Majestät, der Kaiser und Königin, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den ehrwürdigen Kaiser und Königin Franz Joseph bekannt ist, steht in unerlöschlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten. Glauben Sie wirklich, daß wir irgendeinen neuen Freund gewonnen, irgendeinen Feind für das durch 30 Jahre bewährte Bündnis gefunden hätten, wenn wir die Probe auf unsere Treue nicht bestanden hätten, allein aus Furcht, den Anschluß an andere Mächte nicht zu finden?“

Wenn das Wiener Blatt im Anschluß hieran die Erwartung ausspricht, daß die in den vorstehenden Sätzen befundene tonale und freundschaftliche Gefinnung gegen Oesterreich auch ferner die auswärtige Politik in Berlin bestimmen werde, so kann von deutscher Seite darauf nur die Antwort erfolgen, daß die nationale öffentliche Meinung des Reiches auch nicht einen Augenblick an der Verwirklichung dieser Hoffnung zweifelt. Die vom Fürsten Bülow nach Bismarck'schen Grundgedanken orientierte auswärtige Politik des Deutschen Reiches ruht auf so festen Grundtagen und hat sich, zumal in ihrer gegen Oesterreich eingenommenen Haltung in der letzten internationalen Krise, so augenfällig bewährt, daß irgendwelche sprunghaften Richtungsveränderungen nach vernünftigen Ermessen nicht zu befürchten sind. Die Wiederholung eines ähnlichen verhängnisvollen Experimentes, wie es der in auswärtigen Angelegenheiten schlecht informierte Graf von Caprivi durch die Preisgabe des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages ins Werk setzte, muß unter den heutigen Verhältnissen als gänzlich ausgeschlossen erscheinen, und so ist denn auch nicht im Ernste daran zu denken, daß der neue Reichskanzler gewillt sein könnte, das Bundesverhältnis zu Oesterreich einer Vordrucke, die für den Weltfrieden und die Weltmachtstellung Deutschlands von den schwersten Folgen begleitet sein könnte, anheimfallen zu lassen. Herr von Bethmann-Hollweg ermangelt zwar vorläufig noch der diplomatischen Schulung, und das Gebiet der auswärtigen Politik liegt ihm fern. Gerade der Umstand aber, daß Fürst Bülow selbst ihn zu seinem Nachfolger empfohlen und ihm in seiner Ansprache an die Deputation des Bundesrats ein rückhaltloses Vertrauenszeugnis ausgestellt hat, gibt in Verbindung mit seiner in der inneren Politik in seinen bisherigen Ämtern bewährten Ruhe und Besonnenheit die beste Gewähr dafür, daß er die vom Fürsten Bülow mit Erfolg beschrittenen auswärtigen Bahnen nicht verlassen und insbesondere Oesterreich gegenüber den alten Kurs unverändert innehalten wird. Wenn somit unsere österreichischen Freunde und Bundesgenossen der deutschen Treue und Zuverlässigkeit

nach wie vor versichert sein dürfen, so werden sie auch selbst dafür zu sorgen haben, daß von ihrer Seite nichts geschieht, was den Bestand des Bündnisses gefährden könnte. In dieser Hinsicht aber bietet bekanntermaßen das innerpolitische Parteigetriebe der habsburgischen Monarchie mancherlei schwache Punkte wegen der Zerfahrenheit der Nationalitätsverhältnisse und des erbitterten Kampfes der Slawen und Polen gegen das Deutschthum. Je mehr die politische Macht der deutschfeindlichen Nationalitäten in Oesterreich erstarke, desto offener und ungeheurer traten sie auch mit ihrer Abneigung gegen das Bündnis mit Deutschland hervor, dessen Befestigung ihre Wortführer wiederholt unverhohlen verlangt haben. Mehrfach hat auch die Wiener Regierung bei der Befämpfung derartiger gemeingefährlicher Treiberereien das nötige Selbstbewußtsein vermissen lassen. Noch in der letzten Zeit wurde es auf deutscher Seite unlieblich empfunden, daß die herausfordernden Ausfälle der slawisch-polnischen Koalition im Abgeordnetensause gegen die Außenpolitik der preussischen Regierung von österreichischen offiziellen Stellen nicht eine so klare und unzweideutige Zurückweisung fanden, wie sie das Gebahren der Angreifer verdiente, sondern daß die Wiener Regierung, dem Trude der innerpolitischen Schwierigkeiten nachgebend, eine Haltung einnahm, die ersichtlich von dem Bestreben geleitet war, den slawisch-polnischen Heißspornen nicht allzu sehr die Hölle heiß zu machen. Mit um so ardhärer Gewohnung wird daher in Deutschland das veränderte Verfahren begrüßt werden, das sich neuerdings der Ober der gegenwärtigen Wiener Regierung, Freiherr von Bienerth, zu eigen gemacht hat; ein Verfahren, das eine wohlthuende Energie gegenüber den slawischen Gegnern des Deutschthums bekundet und dessen konsequente weitere Durchführung, bei gleichzeitiger verständnisvoller Mitwirkung der deutschen Parteien, vielleicht der Ausgangspunkt einer günstigeren Entwicklung der gesamten inneren Politik Oesterreichs werden könnte.

Zum Verständnis der Lage ist ein kurzer Rückblick auf die Vorgänge erforderlich, die den vorzeitigen Schluß des österreichischen Parlaments herbeigeführt haben. Die slawische Union hatte sich in den Kopf gesetzt, der Regierung einmal wieder allerlei nationale Zugeständnisse auf Kosten des Deutschthums abzutreiben, und zu dem Zwecke eine Menge obstruktiver Dringlichkeitsanträge eingebracht, um auf diesem Wege die parlamentarische Arbeit so lange unmöglich zu machen, bis die Regierung fette gemacht sein und sich zu der Gewährung der slawischen Forderungen einer mährischen Universität für die Tscheden und einer slowenischen Fakultät in Laibach verstanden haben würde. Dreimal aber hatte die slawische Union die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Freiherr von Bienerth zeigte sich nämlich abgeneigt, den slawischen Zumutungen näher zu treten und wollte absolut nicht darauf eingehen, die ihm angelobte gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Als der Ministerpräsident auch gegenüber den slawischen Drohungen, daß im Falle seines Beharrrens im Widerstande rücksichtslos sämtliche Regierer der Ostruktion gezogen werden würden, sich bis ans Herz hinein blies, verließen die Slawen sich mit verheißener Freundschaft an die deutschen Parteien heran und suchten diese für ein verhängnisvolles Mißtrauensvotum gegen die Regierung in der Frage der böhmischen Landesverwaltung einzulangen. Die Energie aber, womit Freiherr von Bienerth den deutschfeindlichen slawischen Vorstoß in der Universitätsfrage zurückwies, hatte die Deutschen über die wahre Situation hinlänglich belehrt, um ihnen über die Nichtsnur ihres Verhaltens jeden Zweifel zu nehmen. Die deutschen Parteien lehnten es daher mit Einigkeit der Christlich-Sozialen rundweg ab, die Schlichthalter der slawischen Union für deren Ränke gegen das Ministerium zu bilden, und hielten sich einmütig auf die Seite der Regierung. Nunmehr richtete Freiherr von Bienerth noch einmal eine Aufforderung an die Slawen, die Ostruktion einzustellen, widrigenfalls der Schluß des Parlaments die Folge sein würde, und als die Ostruktion auch dann noch fortbestand, ließ er ohne Verzug den Worten die Tat folgen.

Der Plan der slawischen Union, die Regierung zu stürzen, ist also gründlich schlagelassen und seine Urheber haben lediglich auf das von ihnen nicht gewollte Ziel hingewirkt, die Stellung des Freiherrn von Bienerth zu befestigen und damit zugleich dem Deutschthum einen Rückhalt zu geben. Wie lebhaft in Regierungskreisen selbst dieses Ergebnis der Situation empfunden wird und welchen Wert man dort darauf legt, keine falsche Auffassung auf reich-

deutscher Seite über die wahren Beweggründe des Ministeriums aufkommen zu lassen, erhellt aus der vor einigen Tagen ergangenen offiziellen Wiener Kundgebung, worin gegenüber der schiefen Darstellung des frankfurter demokratischen Organs, daß die österreichische Regierung vor der slawischen Ostruktion kapituliert habe, das Bedauern darüber ausgesprochen wurde, daß solche irigen Informationen über innerpolitische österreichische Verhältnisse durch ein angesehenes deutsches Blatt verbreitet würden; gerade das Gegenteil des behaupteten Rückzuges der Regierung vor der slawischen Ostruktion sei richtig. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß Freiherr von Bienerth es mit der Zurückweisung der slawischen Annahmen und Heberforderungen wirklich ernst nimmt. Das eröffnet für die nachdrückliche Vertretung und den wirksamen Schutz der berechtigten deutschen Interessen, die keineswegs in dem Verlangen einer Vorherrschaft gipfeln, sondern lediglich die Aufrechterhaltung der Gleichberechtigung mit den slawischen Nationalitäten als Ziel verfolgen, für die Zukunft günstigere Aussichten, als sie seit langer Zeit vorhanden gewesen sind; um so mehr, als Kaiser Franz Joseph durchaus nicht gewillt ist, sich den slawischen Parteien aufbegeben in absehbarer Zeit von einem so bewährten, charakterfesten Stütze zu trennen, der auch wegen der wieder im Gange befindlichen ungarischen Krise zur zielbewußten Wahrung des österreichischen Standpunktes auf der ganzen Linie nicht entbehrt werden kann. Hält Freiherr von Bienerth entschlossen an dem von ihm aufgestellten Grundsatze fest, daß der Verzicht auf parlamentarische Ostruktion niemals mit politisch-nationalen Zugeständnissen erkaufbar werden darf, so ist die Möglichkeit gegeben, der slawischen Abgeordntheit endlich einmal eine bestimmte Grenze zu stecken. Je mehr aber die früher übliche verhängnisvolle Methode, die slawischen Ansprüche bis ins Unermessliche auf deutsche Kosten zu befriedigen, durch die Wiener Zentralstelle von der Hand gewiesen wird, in desto höherem Grade wird auch die Autorität der Regierung gehärtet und durch die Abmilderung des Nationalitätenabers, wie sie von einer energischen Bekämpfung der slawischen Großmuthsücht zu gewärtigen ist, der deutsch-österreichische Bündnisgedanke gestärkt werden.

Neueste Drahtmeldungen

vom 16. Juli.

Zum Kanzlerwechsel.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Bundesratsitzung, in welcher außer dem Vizepräsidenten betreffend die zu bildende Verwendung von Gerne auch dem Vizepräsidenten wegen Änderung des Schatzgesetzgebung in der vom Reichstag beschlossenen Fassung ausgetauscht wurde, präsidierte der neue Minister des Innern, Delbrück. Die Ernennung eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums, welches jetzt Herr v. Bethmann-Hollweg befehligt, ist einweilen nicht in Aussicht genommen worden. — Der neue preussische Kultusminister v. Trott zu Solz hat heute nachmittags die Geschäfte seines Amtes übernommen, nachdem er durch Unterstaatssekretär Dr. Weber den Beamten vorgestellt worden war.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der bisherige Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg verabschiedete sich gestern mittags durch eine Ansprache von den Beamten des Reichsamts des Innern und übergab zugleich die Amtsgeschäfte seinem Nachfolger, dem Minister Delbrück, der sich die Beamten des Amtes vorstellen ließ. Namens der letzteren widmete der Direktor Gajpar dem scheidenden Chef herzlichste Abschiedsworte. Am Anschließ hieran nahm der zum Staatssekretär des Reichsamts ernannte bisherige Unterstaatssekretär Wermuth von den Beamten Abschied.

Berlin. (Priv.-Tel.) Beim Kaiserpaar fand heute im Schlosse eine Frühstücksstafel statt, an der geladen waren: Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, die Minister und Staatssekretäre v. v. Scheibelen, v. v. Einem, Delbrück, Endow, v. v. Schoen, v. v. Arnim, v. v. Trott zu Solz, Wermuth und der Oberpräsident v. v. Voelck. Die Kaiserin sah zwischen dem Reichskanzler und v. v. Arnim, v. v. Scheibelen, der Kaiser gegenüber dem Staatsminister v. Einem und Delbrück. Herr v. Voelck wurde gestern vom Kaiser im Reichskanzlerpalais zur Meldung empfangen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Berliner Magistrat hat beschlossen, dem bisherigen Babelsberger Platz den Namen Fürst Bülow-Platz zu geben. Der Fürst Bülow-Platz befindet sich in der Rönigstraße auf dem Terrain des niedergelegten berühmten Schwanenviertels.

Zur Lage in Frankreich.

Paris. Die Deputiertenkammer setzte heute die Beratung über den Bericht der Marineuntersuchungskommission fort. Mehrere Redner wiederholten die bereits